

Kirchliche Aufarbeitung der NS- und DDR-Zeit aus der Perspektive des Pfarrers Dr. Käbisch

Am 23. Januar 2018 hielt ich in der Bibliothek der Westsächsischen Hochschule Zwickau den PowerPoint-Vortrag mit Diskussion zu dem Thema: „**Zumutbare Wahrheiten zur kirchlichen Aufarbeitung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive eines ev.-luth. Pfarrers - Die letzten Jahrzehnte Protestantismus innerhalb der 900-jährigen Zwickauer Geschichte**“.

Ein Exzerpt meines Vortrages erstelle ich für meine Webseite, indem ich die einzelnen Folien einmal mit den Sachinhalten und andermal mit den mündlichen Erläuterungen schriftlich festhalte.

Ausstellung „lebende Bibel“

2002 konzipierte der Zwickauer Arbeitskreis „Bibelausstellung“ eine Dokumentation, die zuerst auf der Burg Schönfels gezeigt wurde. Das Konzept war, keine herkömmliche Ausstellung zu erstellen, in der die lange Geschichte der Bibel von den Anfängen bis heute festgehalten wird. Solche Ausstellungen gibt es genug. Sondern wir bemühten uns, Christen zu dokumentieren, die versuchten und meinten, nach Worten der Bibel ihr Leben auszurichten. So entstand eine Art „lebende Bibel“. Biografien und Handlungen wurden festgehalten, die aus unserer Sicht entweder ein Vorbild oder eine Schande des Glaubens



und der Kirche sind und waren.

Dieses Plakat eröffnete die Ausstellung mit dem Bild des breiten und schmalen Weges.

Die Nachfrage nach der Ausstellung war sehr groß. So ging sie auf Wanderschaft. 2013 war dann Tournee Ende, nachdem sie an 53 Orten Deutschlands und in 12 unterschiedlichen Bundesländern war. Sogar der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich übernahm die Schirmherrschaft der Jubiläumsausstellung, als sie zum 50. Mal erneut auf der Burg Schönfels gezeigt wurde.

Durch ganz Deutschland reiste die Ausstellung, nur der Kirchenvorstand und die Pfarrer vom Zwickauer Dom sträubten sich davor, sie in ihrem Räumen zu zeigen. Sicherlich könnte es daran gelegen haben, dass einige Wahrheiten in der Ausstellung dokumentiert wurden, die heute unangenehm sind. Die Amtskirche verhielt sich damals oft staatskonform. Es besteht eine Scheu vor einer offenen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Erst so kann aus den Fehlern gelernt werden.

Bestimmte Kernaussagen dieser Ausstellung wurden in dem PowerPoint-Vortrag aufgenommen und aktualisiert. Dagegen Fotos, symbolische Bilder und Dokumente wurden weggelassen.

Sich in die NS-Zeit hineinversetzen – Kirchenkampf der evangelischen Christen

Deutsche Christen (DC) gegen Bekennende Kirche (BK)

Die Forderungen der DC waren:

- ⇒ Abschaffung des Alten Testamentes = nichtarisch
- ⇒ Bereinigung des Neuen Testamentes = Paulus ein Jude
- ⇒ Einführung des Arier-Paragraphen = Kirche braucht nur Arier
- ⇒ Hitler als Geschenk Gottes = Hitlervergötterung
- ⇒ **Gleichschaltung** = Abschaffung demokratischer Strukturen zugunsten des einheitlichen Führerprinzips auch in der Kirche.

1934 Mai Gründung der Bekennenden Kirche in Barmen gegen Gleichschaltung der Lehre und Organisation mit dem Nationalsozialismus:

- ⇒ *Es gibt nur einen Herrn: Jesus Christus.*
- ⇒ *Mitte der Kirche ist Jesus und nicht der „Führer“.*
- ⇒ *Das kirchliche Notrecht wird ausgerufen.*

„Mit Luther und Hitler für Glaube und Volkstum“ - Superintendent Max Krebs

Kurzbiografie des NSDAP- und DC-Mitglied Superintendent Krebs:

1885 Geburt in Rochlitz

1934-1942 Superintendent in Zwickau (einstimmige Wahl)

Er wurde eingesetzt vom DC-Landeskirchenamt zur Gleichschaltung aller Pfarrer und Gemeinden des Kirchenbezirkes.

1942-1945 als Superintendent an die Dresdener Frauenkirche berufen und Ernennung auf Lebenszeit die Berufsbezeichnung Oberkirchenrat

1945 wurde Krebs am 24. August aus dem geistlichen Amt entlassen, verliert alle Rechte aus

dem geistlichen Amt, den Anspruch auf Dienstbezüge und den Titel Oberkirchenrat wegen seiner parteipolitischen Stellung.

Im Herbst Verhaftung von der sowjetischen Besatzungsmacht und seitdem verschollen. 1972 vom Kreisgericht Dresden Mitte für tot erklärt.

Der Name Krebs fehlt in der Ahnengalerie der Superintendenten im Zwickauer Dom!

Superintendent Krebs ergriff nach seinem Amtsantritt folgende Maßnahmen gegen BK-Pfarrer und Gemeinden:

- ⇒ Disziplinarstrafen
- ⇒ erteilte Predigtverbote
- ⇒ ordnete Ordnungsstrafen an
- ⇒ ließ Gehälter kürzen
- ⇒ suspendierte Pfarrer
- ⇒ ließ Amtswohnungen räumen...

1935 ordnete Reichsstatthalter und Gauleiter von Sachsen Martin Mutschmann die bedingungslose Entlassung aller BK-Pfarrer und Laien an. Mit „staatlicher Rechtshilfe“ sollte der Kirchenkampf mit dem Ziel behoben werden, Kirche ist gleichzuschalten.

Im Kirchenbezirk Zwickau gab es bis 45 Pfarrer. Davon gehörten

- ⇒ 14 Pfarrer zur DC
- ⇒ 18 Pfarrer zur BK
- ⇒ Rest zählte sich zur Mitte.

Das DC-Landeskirchenamt ließ mit Hilfe der Polizei und Gestapo landesweit Verhaftungen und Zuführungen ins „Schutzhaftlager“ Sachsenburg gegen BK-Pfarrer und Laien durchführen.

Eine Nachhaltigkeit der NS-Zeit – bis heute der falsche Dom

1935 schlug der kommissarische Oberbürgermeister und NSDAP-Kreisleiter Ewald Dost vor, der zugleich der Patron der Marienkirche war, der Reichsbischof Müller sollte die St. Marienkirche Zwickau zum Dom erheben.

Am Sonntag Exaudi, 2. Juni 1935, fand während der 800-Jahrfeier der Stadt in einem Festgottesdienst die Umbenennung zum Dom statt. Der Landesbischof Coch hob in seiner Festansprache hervor, dass Zwickau stets fortschrittlich gesinnt sei und sich im weiten Umkreis hervorgetan habe, sowohl im reformatorischen Geist Martin Luthers als auch in der nationalistischen Bewegung Adolf Hitlers.

Frauenkirche ein Vorbild der NS-Aufarbeitung

1934 wurde zum Reformationsfest die Frauenkirche Dresden ebenfalls zum Dom erhoben. Jedoch die Frauenkirche legte diese Bezeichnung ab!

NS-Paragrafen „Nichtgedeihlichkeit“

1937 wurde das deutsche Reichsbeamten-gesetz mit dem Paragraph „Nichtgedeihlichkeit“ erweitert, um nicht hitlertreue Beamte geräuschlos entfernen zu können. Dieses wurde auch in die Pfarrerdienstgesetze der ev. Landeskirchen übernommen, denn sie haben sich trotz des Kirchenkampfes letztendlich gleichschalten lassen. So wurde 1939 dieser Paragraph auch ins Pfarrerdienstgesetz der Landeskirche Sachsens eingeführt.

Im Jahr 1952 wurde dieser Paragraph aus dem Beamten-gesetz der Bundesrepublik gestrichen, da er nicht den rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht. Jedoch der Nazi-Paragraph „Nichtgedeihlichkeit“ blieb in Pfarrerdienstgesetzen bestehen. Auch wenn nach der letzten Pfarrerdienstgesetzgebung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) aus dem Jahr 2010 dieser Paragraph zu „nachhaltige Störung in der Wahrnehmung des Dienstes...“ umformuliert wurde, so hat sich nichts am Denken und Handeln der ev. Kirche bei Amtsenthebungsverfahren geändert.

1938 Treueid auf den Führer des Deutschen Reiches und Volkes

Jeder Geistliche hat seine Treupflicht gegenüber Führer, Volk und Reich zu erklären durch: *„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“* (unter Erhebung der rechten Hand! Kirchl. GVBl. S. 53; § 4, 1 vom 20.4.1938)

Mit Kriegsbeginn endete der Kirchenkampf. Auch die BK-Pfarrer leisteten den Treueid. Bei Einberufung zur Wehrmacht zogen alle Pfarrer an die Front.

Auf der DC-Liste der Bibelausstellung stand Pfarrer Erich Gräßer aus Vielau

Ab 2006 einige Stationen der Recherchen:

1. Die Personalunterlagen der Landeskirche waren noch nicht dem Archiv übergeben worden. Erst 2012 erfolgte die erste Einsichtnahme.

2. Vom Arbeitskreis sprach Pfarrer Manfred Elsässer mit dem Enkel Martin Gräßer, der ebenfalls Pfarrer ist. Er war empört, da der Opa doch der BK angehörte. Er war kein NS-Verbrecher, denn er wurde 2002 rehabilitiert. Es sollte vom Arbeitskreis „Bibelausstellung“ besser recherchiert werden. In der Familie werde über den Großvater nicht gesprochen.

3. Pastorin Gabriele Roßner, Friedrichsgrün

Im Pfarramt Vielau sind keine Unterlagen vorhanden. Alle Kirchenvorstandsprotokolle von 1939 bis 1945 seien vernichtet. Sie habe zwar Gräßers Wehrpass beim Aufräumen auf dem Dachboden gefunden, aber sie habe ihn seinem Sohn Wolfgang übergeben. Im Wehrpass stünde, er sei nicht an der Front gewesen, sondern abkommandiert zum Heimleiter des Gefangenen-Lagerkommandanten in Friedrichsgrün. Er hätte im Pfarrhaus Vielau gewohnt und sei abgestellt zu Gottesdiensten und kirchlichen Veranstaltungen in Vielau gewesen. Er trug immer auch unter dem Talar seine Uniform.

4. Zeitzeugenbericht von Harald Nötzold (von seiner Mutter gehört):

- Pfarrer Gräßer hat seine Mutter konfirmiert.
- Er trug stets Uniform und prahlte, Soldat zu sein.
- Er sei furchteinflößend gewesen und die Mädchen mussten, wenn sie ihn auf der Straße begegneten, vor ihm knicksen.
- Die Mutter habe Gefangenzüge gesehen, die von der Gaststätte in das Lohebachtal marschieren mussten (Bau der Trinkwassertalsperre für Zwickau).
- Die Dorfbewohner hätten heimlich Lebensmittel zugesteckt.

Harald Nötzold versuchte als KV-Mitglied vergeblich im Vorstand anzuregen, dass diese Pfarrergeschichte aufgearbeitet werden sollte. Aber die Reaktionen waren ablehnend. Es wurde geäußert: es sei schon zu lange her, es bringe nichts, dafür bestehe kein Interesse, es sind jetzt wichtigere Dinge dran. Nötzold hatte den Eindruck, dass alles unter der Decke gehalten werden sollte.

5. Im Archiv des Landratsamtes Zwickau waren nur zwei spärliche Akten zum Kommando Friedrichsgrün des sowjetischen Kriegsgefangene-Lagers erhalten geblieben. Zur Person Pfarrer Gräßer liegen keine Unterlagen vor. Aber von der Archivleiterin Evelyn Lahn erhielt ich folgende Informationen: Es sollte ein Buch zu diesem Kriegsgefangenenlager entstehen, denn dort seien Gefangene gestorben und auf dem Friedhof Friedrichsgrün vergraben worden. Diese seien nach dem Kriegsende exhumiert, im Zwickauer Krematorium verbrannt und im Ehrenhain der sowjetischen Soldaten beigesetzt worden.

6. 2012 Einsicht ins LKA-Archiv (die Akte war geliftet!)

1914-1918 leistete Gräßer Wehrdienst und wurde mit dem Dienstgrad Leutnant der Reserve entlassen. Im 2. Weltkrieg diente er als Hauptmann der Landeschützenkompanie in Wilkau-Haßlau. Er war von 1945 bis 1955 als Hauptmann inhaftiert und war in den Zuchthäusern Bautzen, Waldheim und Bautzen. Am 18. Juni 1950 wurde er zu 20 Jahren Zuchthaus wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Einzug des Vermögens verurteilt. 1950 richtete die Landeskirche ein Gnadengesuch an sächsischen Ministerpräsident Max Seydewitz. Er wurde von 1950 bis 1955 in der Landeskirche als 3. Pfarrer der Dresdner Frauenkirche geführt. 1953 lässt die Kollegialsitzung des Landeskirchenamtes die Urteile von 11 kirchlichen Amtsträgern bei der Bezirksstaatsanwaltschaft überprüfen (5 Urteile nach sowjetischen Recht).

Weiterhin schreiben seine Frau, Landesbischof Gottfried Noth und der Kirchvorstandes der Peter-Paul-Kirchgemeinde Vielau Gnadengesuche. 11 Kirchenvorsteher schildern ihren Pfarrer so: „Der Großteil seiner Bergarbeitergemeinde dankt mit großer Dankbarkeit an sein Wirken [...] Als ein tüchtiger Seelsorger und gewissenhafter Pfarramtsleiter bekannt. Seine Führung war in der Zeit seiner hiesigen zwanzigjährigen Tätigkeit für die Gemeinde überaus fruchtbar und brachte ein reges kirchliches Leben hervor.“

Dieses Gnadengesuch unterschrieben auch das Männerwerk, der Frauendienst, der Mütterdienst, der Kirchenchor, die Helferschaft, die Junge Gemeinde, die Kindergottesdiensthelferschaft.

Am 29. April 1960 ist Pfarrer Gräßer verstorben.

7. Folgende Angaben im Handbuch der Kirchen-Statistik für den Freistaat Sachsen, Dresden 1930 zu Gräßer, Albert Bruno Erich

Geboren am 19. Mai 1893 Freiberg.

1918 Pfarrvikar in Geyersdorf und am 5. Mai ordiniert.

1919 Pfarrvikar in Crandorf und danach Pfarrer in Crandorf

1925 Vielau.

Im Pfarrerverzeichnis von 1953, S. 137f.

Gräßer, Erich, Vielau, wird als Geistlicher, auf deren Stellen das Gesetz über kriegsverwaisten Pfarrstellen vom 8.7.1950 Anwendung findet, geführt.

Im Pfarrerverzeichnis von 1956

1956 3. Pfarrer in der Emmauskirche Dresden-Kaditz

1960 30. April gestorben (handgeschriebener Eintrag).

8. 2018 Auskunft von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden

Gräßer war Hauptmann der Wehrmacht im Landeschützen-Bataillon 394 und NSV-Mitglied. Am 18. Dezember 1945 wurde er festgenommen. Der Aufenthaltsort war unbekannt. Später befand er sich im Speziallager Bautzen. „1950 wurde er im Rahmen der sogenannten ‚Waldheimer Prozesse‘ vom Landgericht Chemnitz wegen völkerrechtswidriger Behandlung von Kriegsgefangenen als Kommandeur eines Kriegsgefangenenlagers in Zwickau zu 20 Jahren Zuchthaus mit Vermögensentzug verurteilt.“ Die Strafe verbüßte er in Bautzen und Waldheim. Gräßer war für die Bewachung sowjetischer Kriegsgefangenen in dem Arbeitskommando Friedrichsgrün zuständig.

9. Erneute Akteneinsicht im Archiv der Landeskirche

Am 18. Oktober 1945 zeigt Gräßer u.a. schriftlich gegenüber dem Superintendent Heinze an:

⇒ Er gehörte nicht der NSDAP an.

⇒ Er habe weder öffentlich noch beruflich an Misshandlungen an Angehörigen anderer Völker teilgenommen.

⇒ Er gehörte keiner Polizeidienststelle an.

⇒ Er war kein Deutscher Christ, sondern habe stets als Diener der Kirche die Heilige Schrift, wie es in den Bekenntnisschriften niedergelegt ist, verkündigt.

⇒ Er habe sich aller parteipolitischen Äußerungen völlig enthalten.

Zum Schluss versichert er, alles nach bestem Wissen und Wissen wahrheitsgemäß erklärt zu haben. Darauf bestätigt der Superintendent, dass keine Bedenken zur weiteren Tätigkeit als Pfarramtsleiter bestehen.

Zum Amtsantritt in der Kirchgemeinde Dresden-Kaditz liegt in den Akten ein kurzer Lebenslauf vor. Da schrieb Gräßer Folgendes: „Der 2. große Krieg dieses Jahrhunderts führte mich in seiner Mitte erneut in den Heeresdienst und sein bitteres Ende in eine Gefangenschaft, die bis zum Jahr 1955 währte.“

10. Rekonstruktion Gräßers Leben und Wirken als Kommandant des Gefangenenlagers

(Folgende Quellen: Archiv Landeskirchenamt, Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Initiativgruppe Mahnmal Marienkirche Großenhain, Kreisarchiv Zwickau, Buch „Gemeinde Reinsdorf“ von Regina Röher, Zeitzeugenberichte...)

- 1914-1918 Wehrdienst, entlassen mit Dienstgrad eines Leutnants der Reserve mit Auszeichnung des Eisernen Kreuzes II. Klasse und der silbernen Heinrichsmedaille.

- 1940 zum Militär eingezogen und kam 1941 als Oberleutnant zur Ausbildung ins Gefangenenlager Zeithain.

- Danach militärische Aufgaben im Gefangenenlager Friedrichsgrün als Hauptmann der Landeschützen-Kompanie Wilkau-Haßlau, Kompanieführer war Hauptmann Conrad.

- Mitten im Dorf Friedrichsgrün befand sich das Kriegsgefangenenlager vom April 1941 bis Mai 1945 (Stalag IV F/Kommando im Gasthof Fritz Kunst).

- Kreisleiter der NSDAP und Zwickauer OB Ewald Dost hat das Saalgebäude für sowjetische Kriegsgefangene gepachtet.

- 1942 waren 131 (Zahl schwankt) sowjetische Kriegsgefangene untergebracht. Sie waren eingesetzt über das städtische Wasserwerk Zwickau zum Bau der Lohebachtalsperre.
- Gefangenenspalen zogen ausgemergelt früh zur Arbeit in die Lohe und abends zurück.
- Bevölkerung steckte den Gefangenen Nahrungsmittel, Tabak, gekochte Kartoffeln, Zigarettenkippen zu.
- An schlechter Verpflegung, Behandlung, Hygiene und Hunger seien viele verstorben.
- Die Tote seien vom Lager auf einem handgezogenen Tafelwagen zum Friedhof gekarrt worden.
- Im Sterbebuch Friedrichsgrün sind 28 sowjetische Kriegsgefangenen eingetragen. Sie wurden an der Friedhofmauer in einem Massengrab verscharrt
- Zwei Gefangene seien nach ihrer Flucht im Waschhaus von der Wachmannschaft erschossen worden.
- 1945-1950 war Gräber im sowjetischen Gewahrsam und später im NKWD Speziallager Nr. 4 Bautzen.
- Zwei Friedrichsgrüner, die verdorbene Lebensmittel an das Gefangenenlager verkauft hätten, seien ebenfalls von der sowjetischen Behörde verhaftet und verurteilt worden.
- 2002 stellte die Rehabilitationskammer Chemnitz fest, dass Gräber vom 16.2.50 bis 31.12.55 zu Unrecht inhaftiert war. Jedoch der sowjetische Gewahrsam kommt einer Rehabilitation aus völkerrechtlichem Grund nicht in Betracht.

11. Ehrung der verstorbenen Kriegsgefangenen

1944 Nach der Landung der Alliierten in der Normandie (D-Day am 6. Juni) wurden die sowjetischen Gefangenen verlegt. Der Verlegungsort ist unbekannt. In den Gasthof Fritz Kunst kamen amerikanische, belgische und französische Kriegsgefangene. Sie durften bei Bauern arbeiten und wurden ordentlich versorgt.

Vom 17. April bis 1. Juli 1945 war die Region von amerikanischen Truppen besetzt, dann kam die Rote Armee. Westsachsen wurde von der Sowjetischen Militär Administration verwaltet.

1947 wurden 50 unbekanntes sowjetischen Gefangenen vom Friedhof Friedrichsgrün exhumiert und im Zwickauer Krematorium eingeäschert. Danach wurden sie in einem Gemeinschaftsgrab beigesetzt. Im sowjetischen Ehrenhain befinden sich 352 Einzelgräber und 86 Ton-Urnen von unbekanntes Soldaten. Dort im Denkmal habe die sowjetischen Kriegsgefangenen würdevoll ihre letzte Ruhestätte gefunden.

2000 wurde der Gasthof Kunst abgerissen.

19. Oktober 1945 Stuttgarter Schuldbekentnis

Die Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD) gab nach dem Kriegsende nach heftigen Kontroversen und Diskussionen eine gemeinsame Erklärung heraus. Darin steht: *„Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“*

Unerwähnt bleibt die Mitschuld

⇒ zu Juden und Antisemitismus

⇒ zur Euthanasie

⇒ zum Antikommunismus

- ⇒ zum Rassismus
- ⇒ Sinti und Roma...

Sich in die DDR-Zeit hineinversetzen

In der DDR war die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die einzig führende Partei der Arbeiterklasse. Sie besaß die absolute Macht und deswegen wird die DDR als SED-Diktatur bezeichnet. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS alias Stasi) war lediglich Schild und Schwert der Partei. Sie hat den Machterhalt der SED mit konspirativen Mitteln abgesichert. Sie war kein Staat im Staat.

Kirche nie ein Partner

Die Kirche in der DDR wurde stets als ein Überbleibsel einer überholten Gesellschaftsordnung gesehen und so auch behandelt. Es darf nicht vergessen werden:

- ⇒ Religion galt als „Opium des Volkes“ (Karl Marx).
- ⇒ „Die Kirche ist der stärkste legale Stützpunkt des Imperialismus“ (MfS-Minister Ernst Wollweber, 1957).
- ⇒ „Kirche als letzter organisierter Feind der DDR“ (Albert Norden, Mitglied des Politbüros, 1958).

So wurden in der DDR extra Institutionen mit dem Ziel eingerichtet, die evangelische Kirche zu instrumentalisieren und zu manipulieren. Es gab keine Glaubensfreiheit. Diese Einrichtungen wurden zentral von Berlin gesteuert und waren in allen Bezirken, Kreisen und Städten vorhanden.

- ⇒ ZK der SED Arbeitsgruppe Kirchenfrage
- ⇒ MfS kirchenpolitische Abteilung XX/4
- ⇒ Staatssekretariat für Kirchenfragen.

Die Staatsorgane teilten Pfarrer und kirchliche Angestellten ein in:

- ⇒ progressiv
- ⇒ loyal
- ⇒ feindlich-negativ/reaktionär.

Die Staatsorgane versuchten, besonders die Progressiven weiter staatskonform und hörig zu machen.

Methode Operative Psychologie

In den letzten DDR-Jahren kamen die neusten Erkenntnisse der Psychologie in Anwendung. Menschen wurden über zwischenmenschliche Beziehungen systematisch beeinflusst und gesteuert. Es geschah sowohl offiziell als inoffiziell. Eine behutsame Manipulation der Gefühle, des Denkens, der Meinungen und der Bedürfnisse wurde durchgeführt. Es war eine Art sanfte Gehirnwäsche z.B. Abhängigkeiten durch Vergünstigungen. Aber die Stasi benutzte sie auch als operative Zersetzungsmethode, um Menschen physisch und psychisch zu zerstören und fertig zu machen. Es war eine weiße Folter, wenn Menschen massiv unter Druck gesetzt wurden. Unter diesem Trauma leiden heute noch Betroffene.

Die operative Psychologie war auf Langzeitwirkung angelegt. Deswegen wirkt die Methode auch nach der friedlichen Revolution immer noch weiter!

Nichtgedeihlichkeit werde zum Schulbeispiel für DDR-Staatsorgane

1955 sollte Pfarrer Hans-Georg Rausch (Leipzig-Probsteida) versetzt werden, nachdem der Kirchenvorstand einen Beschluss der Nichtgedeihlichkeit gefasst hatte. Er sei nicht fromm genug, zu raubeinig und hat sich mit der landeskirchlichen Gemeinschaft überworfen, zu der sich etliche Kirchenvorsteher hielten. Nachdem die Landeskirche angeordnet hatte ihn zu versetzen, rief er den kirchlichen Notstand aus und verweigerte den Gehorsam. Er wählte einen eigenen Kirchenvorstand, sagte sich von der Landeskirche los, machte sich selbstständig, behielt die kirchlichen Gebäude und blieb im Pfarrhaus wohnen. Ein Kirchenschisma entstand.

Sofort übernahmen die Staatsorgane eine Fürsorgepflicht und überwiesen ihm monatliche Gehaltsbeträge bis zu 1.200 DM. Die Beträge wurden eine Zeitlang vom Rat des Bezirkes Leipzig gezahlt. Später musste Rausch als LKW-Fahrer selbst das Geld für seinen Lebensunterhalt verdienen. Rausch wurde als inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Eduard“ von der Stasi ohne Unterschriftserklärung geworben. Z.B. empfing er von der Stasi einen Kleintransporter PKW F9, um besser seine operative Arbeit erfüllen zu können und eine innerkirchliche Opposition aufzubauen.

In Leipzig bestand ein DDR-Unikum: SED und Stasi hielten sich einen Pfarrer und eine Kirchgemeinde. Das Schisma sollte als Art Modell dienen, um andere Pfarrer zu ermutigen, sich ebenfalls von der Landeskirche zu trennen und selbstständig zu machen.

Die Reaktion der Landeskirche war: Rausch verlor das Recht eines Geistlichen mit allen damit verbundenen Rechten und sogar die Kirchenmitgliedschaft. Jedoch im Jahr 1984 konnte Rausch nach Hessen übersiedeln und empfing dort die kirchliche Altersversorgung als Pfarrer als Nichtkirchenmitglied?!

Der Teufel von Falkenstein

Am 4. September 1978 wählte der Falkensteiner Kirchenvorstand Pfarrer Rolf Günther, der selber nicht anwesend war, wegen Nichtgedeihlichkeit ab. Er sei kein erlöster Christ, entsprach nicht der Frömmigkeit der Volksmission und sei vom Teufel besessen.

Günther war alleinstehend und ein praktischer Pfarrer, der zupacken konnte. Er lebte fröhlich seinen Glauben. Er war besonders bei der Jugend wegen seines Gitarrenspiels sehr beliebt. Er meinte, von Gott eingesetzt zu sein, gegen die Frömmigkeit der Volksmission vorgehen zu müssen.

Dieser unerwartete Beschluss der Nichtgedeihlichkeit, der in seiner Abwesenheit getroffen wurde, führte ihn zum Plan einer selbstinszenierten Selbstverbrennung. Während des Sonntag-Gottesdienstes am 17.9.1978 führte er seine Selbstverbrennung vor versammelter Gemeinde durch. Dabei enthüllte sich ein großes Plakat „wacht endlich auf!“. Zu Schaden außer Günther kam keiner.

Noch am Sonntag wurden sofort Absprachen zwischen Staat und Kirche getroffen:

⇒ innerkirchlicher Konflikt

- ⇒ keine politischen Hintergründe
- ⇒ Presseerklärung abgestimmt
- ⇒ Kirchenintern werden nur sachliche Informationen erfolgen
- ⇒ Kirche informiert die Medien
- ⇒ Günthers Tat wurde psychiatriert
- ⇒ Kirche übernimmt eigene Aufklärung.

Das öffentliche Fanal war zwar ein Politikum, aber Stillschweigen wurde vereinbart. Die Kirche hält sich bis heute daran, aber nicht der Staat.

Die Stasi besaß keine Informationen zur dortigen Volksmission und wusste nichts von den Zwistigkeiten unter den Pfarrern. Konspirativ hat sie sich Kenntnis über das Denken und Wirken der Volksmission beschafft. Sie stellte fest, dort werden okkulte und exorzistische Handlungen betrieben:

- ⇒ Teufelsaustreibungen bei Kranken und Alkoholikern
- ⇒ Hausreinigungsdienst in Wohnungen
- ⇒ Zungenreden, dadurch werde die „Stimme Gottes“ erhört
- ⇒ Sündenvergebung durch Buße, Beichte oder Gebete
- ⇒ umfassende Lösung, dadurch werde die Vergebung der Sünden bis zurück in die dritte Generation erreicht.

Nach seiner Selbstverbrennung entwickelten SED und Stasi neue Formen der Kirchenbearbeitungen (wahrscheinlich nur im Bezirk Karl-Marx-Stadt).

Auf dem Rat des Bezirkes wurden die Referenten für Kirchenfragen mit Stasi-Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) ausgewechselt. Sie hatten ein doppeltes Dienstverhältnis, einmal offiziell als Angestellte des Staates und andermal inoffiziell als Stasi Offiziere, die nur auf Befehl handelten. Die wahre Identität kannte keiner. So wurden die Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter getäuscht! Die Gesprächsebenen wurden durchbrochen. Es bestand eine innerkirchliche Regelung, ein Pfarrer darf nicht mit Angestellten des Bezirkes verhandeln und Gespräche führen. Für den Bezirk war nur das Landeskirchenamt zuständig. Solche Begegnungen zwischen OibE und progressiven Pfarrern waren aus meiner Sicht wie IM-Treffs: Abschöpfungen, Informationsgewinnung, Instruktionen, Belobigungen... Dahinter stand die Absicht, der systematische Aufbau einer Art „fünften Kolonne“ innerhalb der Pfarrerschaft zu organisieren, aufzubauen und sie staatskonform zu steuern. Damit sollte u.a. das Ziel erreicht werden: Die Kirche hat sich nur um religiöse Belange zu kümmern und die „feindlich-negativen“ Kräfte (Basisgruppen, Kirche von unten, Menschenrechtsgruppen) selber zu disziplinieren.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt führte die Stasi neue Bezeichnungen ein, die aber nicht zur IM-Kategorie gehörten: Brauchbarer Mensch (BM), Guter Mensch (GM) und Patriotische Kraft (PK). Es scheint, dass die Stasi progressive Pfarrer als BM oder GM konspirativ gebraucht und entsprechend einsetzte.

Kirchen-Politik der Differenzierung, Zersetzung und Disziplinierung

Die Staatsorgane betrieben eine gezielte Kirchen-Politik u.a. über Vergünstigungen. Sie wurde still, geheim aber lukrativ betrieben nach dem Motto: *Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft.*

Zwar gab es klare Regelung im Pfarrerdienstgesetz von 1982 (BEK § 26) *Der Pfarrer ist zur Annahme von persönlichen Geschenken, Ehrungen und Auszeichnungen nicht berechtigt. Die Unabhängigkeit seines Dienstes darf nicht beeinträchtigt werden.*

Jedoch wurden progressive mitunter auch loyale Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter im Verborgenen belohnt:

- ⇒ Die die Politik des Staates vertraten bzw. vertreten sollten.
- ⇒ Die innerkirchliche Informationen und Materialien weitergaben.
- ⇒ Die Einschätzungen zur kirchlichen Lage erarbeiteten.
- ⇒ Die gegen die Leute, die das gute Staat-Kirche-Verhältnis störten, vorgingen.

Die menschliche Eigenschaft wurde gebraucht: „*Wes Brot ich esse, des Lied ich sing!*“

Staatliches Sonderkonto für politische Kirchen-Arbeit:

- ⇒ Kostenlose Ferien mit Familie in zwei Häusern des Staatssekretärs in Tabarz (Haus „Fortuna“) und in Juliusruh (Haus „Frieden“)
- ⇒ internationaler Urlauberaustausch oder Auszeichnungsreisen nach Polen, ČSSR, Ungarn, Schweiz
- ⇒ monatliche Unterstützung von Pfarrern bis 400 Mark.
- ⇒ Bargeldzuwendungen bis 600 Mark
- ⇒ häufigste Auszeichnung mit Prämie „Verdienstmedaille der DDR“
- ⇒ Orden und Ehrenzeichen „Medaille für ausgezeichnete Leistung“, „Aktivist der sozialistischen Arbeit“, „Ehrennadel der Nationalen Front in Gold“
- ⇒ Sondergenehmigung zum Bezug westdeutscher Literatur
- ⇒ Kurzfristige Auslieferungen von PKW Wartburg
- ⇒ günstiger Hauskauf von DDR-Bürgern, die nach dem Westen übergesiedelt waren
- ⇒ Kuraufenthalt und Krankenhaus mit Operation in der Bundesrepublik

Kuriose Zuwendungen

- ⇒ Pfarrer Wolfgang Quandt war CDU-Mitglied und Bezirkstags Abgeordneter. Er erhielt den „Vaterländischen Verdienstorden in Bronze“, die „Verdienstmedaille der DDR“, die „Ehrennadel der DDR in Silber“, das „Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Silber“, kostenlose Urlaube in Heimen des Staatssekretärs. Er konnte mehrfach auf Staatskosten nach Ungarn reisen. Als persönliche Zuwendungen wurden ihm bis 300 Mark gegeben. Er hat nie Einladungen zu Staatsempfängen ausgeschlagen.
- ⇒ Pfarrer Kurt Heiland erhielt zum Ordinationsjubiläum 2000 Mark Prämie. Monatliche wurden ihm eine Zusatzrente von 350 Mark überwiesen. Er konnte mindestens 13 x in Heime des Staatssekretärs seinen Urlaub verbringen.
- ⇒ 1983 erhielten Superintendent Jürgen Stabe mit Frau eine Urlaubsreise nach Jerewan und Superintendent Christoph Magirius mit Frau eine Urlaubsreise nach Leningrad/Moskau. Für diese kostenlosen Urlaube zahlten die staatlichen Organe zusammen 7083 Mark.
- ⇒ 1987 wurde dem Präsidenten der Landessynode Rolf Böttcher (1984-1996) eine Kaltwäschemangel im Wert von 995 Mark geschenkt, die sich seine Frau sehr wünschte.

Peinliches Saufgelage

Am 17.12.1985 wurden ins Gästehaus des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt folgenden leitende Personen der Landeskirche eingeladen: Rolf Böttcher (Präsident der sächsischen

Landessynode), Günther Heinrich (Präsident der Generalsynode der VELK in der DDR), Thomas Küttler (Mitglied der Landeskirchenleitung und Superintendent), Helmut Böhme (Superintendent), Dr. Frank Vogel (Mitglied der Landessynode) und Dr. Friedrich Jacob (zukünftiger Superintendent). Vier Staatsvertreter (dabei auch Stasioffiziere) waren die Gesprächspartner. Im Gästehaus wurde ordentlich gegessen und sehr viel Alkohol getrunken. Die Menge an Bier, Wein, Wodka, Weinbrand, Rum und Sekt wird aus der Rechnung in Höhe von 616,76 Mark ersichtlich. In einer gemütlichen (der Höhepunkt bildete der Konzertgitarrenspieler Gerhard Neef) und stark alkoholisierten Atmosphäre sind die kirchlichen Gesprächspartner umfassend abgeschöpft worden. Dieser Stasi-Terminus wurde gebraucht, um an wichtige Informationen zu gelangen. Über diese Begegnung wurden schriftliche Berichte angefertigt, die an den 1. SED-Bezirkssekretär Siegfried Lorenz und BV-Leiter Generalmajor Siegfried Gehlert zur Auswertung gingen. Weiterhin wurden Geschenke verteilt. Jeder Gast erhielt einen repräsentativen Bildband zum Leben Martin Luthers und dazu acht Klöppeldecken im Wert von 875 Mark. Dem Landesbischof Hempel wurde eine Pyramide für 183 Mark und dem Präsidenten Domsch eine Spieldose für 258 Mark mitgegeben. Dazu wurden die sechs Kraftfahrer für 169 Mark verpflegt. Der Tischschmuck kostete 31,10 Mark.

Privilegierte der DDR

Dazu gehörten Landesbischof Johannes Hempel (geb. 1929) und Präsident des Landeskirchenamts Kurt Domsch (1928-1999). Für den Bischof wurde 1983 zum Lutherjahr die Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig organisiert. Er durfte sich 1988 in Dresden ein Haus kaufen, nachdem die Eigentümer legal in die Bundesrepublik übergesiedelt waren. Er besaß eine Sonderlizenz zum Bezug von westdeutscher Literatur. Auch für den Präsident wurde 1985 die Ehrenpromotion am Wartburg College in Waverly, Iowa (USA), organisiert. Ebenfalls besaß er eine Sonderlizenz zum Bezug von westdeutscher Literatur. Von 1988 bis 1989 konnte er sich im Friederikenstift Hannover operieren und sich weiter im dortigen Gästeappartement des Krankenhaus behandeln lassen. Seine Frau durfte bei ihm sein. Sogar zwei Staatsorgane aus Karl-Marx-Stadt führten einen Krankenbesuch durch. Mit dem Auto fuhren der ehemaliger Stellvertreter für Inneres Siegfried Hoyer von Karl-Marx-Stadt und der Sektorenleiter für Kirchenfragen Günter Müller (war Stasi-Offizier und auf diesem Posten als OibE = Offizier im besonderen Einsatz) dorthin. Der Krankenbesuch im kapitalistischen Feindesland sollte ein sichtbarer Beweis dafür sein, wie sehr die Staatorgane das gute Staat-Kirche-Verhältnis mit Domsch würdigen und schätzen. Es sollte erhalten und weiter ausgebaut werden.

Aufbau und Instrumentalisierung der Kirchlichen Bruderschaft Sachsens (KBS) durch SED und Stasi

Folgende Erwartungen wurden in die KBS gesetzt:

- ⇒ Die BK-Tradition sind im DDR-Sozialismus fruchtbar zu machen.
- ⇒ Der mündige Christ lebt in der sozialistischen Gesellschaft und ist verpflichtet, den „christlichen Sozialismus“ aufzubauen.
- ⇒ Ein ständiger Dialog zwischen Kommunisten und Christen muss stattfinden.
- ⇒ Die politische Überzeugung bestand, dass der Sozialismus die humanste und beste Gesellschaftsordnung ist.
- ⇒ Sie ist die „Vorreiterrolle“ des guten Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR.

So hatte die KBS in die Kaderpolitik der Kirche einzugreifen, um progressive Pfarrer zu installieren:

- ⇒ ins Landeskirchenamt
- ⇒ in die Synode
- ⇒ ins Amt der Superintendenten
- ⇒ in die Ausbildung
- ⇒ in die Kirchgemeinden.

Es war eine langfristige Unterwanderung (15 bis 25 Jahre) der kirchlichen Ämter!

Der Gründer der KBS war Pfarrer Walter Feurich.

Er wurde 1961 von der Stasi als IM „Klemm“ mit folgender Begründung geworben: *„Der Kandidat soll als Organisator und Leiter der zu schaffenden Oppositionsbewegung innerhalb der sächs. Landeskirche eingesetzt werden.“*

Seine Vergünstigungen waren u.a.:

- ⇒ 200 Mark monatlich vom Sonderkonto der Referenten für Kirchenfragen
- ⇒ BRD-Reisen im Auftrag der Stasi und empfing nach Auftragserfüllung Geld in DM
- ⇒ besaß die Sonderlizenz Nr. 1560 für die Einfuhr von Westbüchern.

Sein Nachfolger wurde Pfarrer Christoph Körner. Er bezeichnete sich selbst als „roter Kommunisten Pfarrer“ oder „Parteisekretär der Pfarrer“. Er war einer der privilegiertesten Pfarrer im Bezirk Karl-Marx-Stadt:

- ⇒ Er gehörte mit zum Gesprächskreis beim Vorsitzenden des Rat des Bezirkes (RdB).
- ⇒ 1985 war er Ehrengast beim RdB zum 40. Jahrestag der Befreiung.
- ⇒ 1987 erhielt er die Einladung vom 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Siegfried Lorenz zum DDR-Feiertag 1987.
- ⇒ 1988 empfing er die Auszeichnung „Ehrenmedaille des Nationalrates der NF“ + 300 Mark.
- ⇒ Er durfte kostenlose Ferientaufenthalte mit Familie in Häusern des Staatssekretärs verbringen.

Staatsorgane organisieren „Nichtgedeihlichkeit“ am Dom Zwickau.

1981 wurde ich als 2. Pfarrer am Dom St. Marien in Zwickau gewählt.

Als Pfarrer erledigte ich die ganz normale Arbeit in der Kirchgemeinde. Da gab es keine Verfehlungen, Rügen, Lehrzuchtverfahren, Dienstpflichtverletzung oder Seelsorgeverletzung. Ich habe stets die Pflichten eines Gemeindepfarrers erfüllt.

Aber vor der Tür der Kirche lagen sog. „DDR-Problembürger“. Für diese Menschen öffnete ich den Dom und die kirchlichen Räume, ohne nach der Kircheng Zugehörigkeit zu fragen. Ich bemühte mich um eine situativ-missionarische Verkündigung. Für mich war es eine konkrete Arbeit an Menschen vor Ort und von unten. Aber dafür hatte ich keinen Dienstauftrag!

Wegen dieser Arbeit mit Problembürgern wurde ich von den Staatsorganen zum „Feind“ erklärt. Ich würde das gute Staat-Kirche-Verhältnis zerstören. Die Stasi legte auf meine Person den operativen Vorgang (OV) „Kontrahent“ an. Damit konnten sie mit allen geheimdienstlichen Methoden mich konspirativ bearbeiten. Nach §§ 106 würde ich staatsfeindliche Hetze betreiben. Das wurde mit bis 10 Jahre Freiheitsentzug bestraft. Weiterhin wurde nach §§ 107 des verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses ermittelt.

Dafür konnte ich mit bis 12 Jahre Freiheitsentzug verurteilt werden.

Zu den Erstmaßnahmen der Stasi zählte auch, dass beim Landeskirchenamt Sachsens Beschwerde wegen meines gesellschaftswidrigen Wirkens geführt wird. Das ist über die Jahre hinweg ständig geschehen, aber darüber haben mich meine Dienstvorgesetzten nie informiert. Die Forderungen der Staatsorgane wurden mir nie mitgeteilt. Lediglich wurde mir mehrmals im brüderlichen Gespräch angeboten, die Pfarrstelle wechseln zu sollen.

Gottesdienste machen das gute Staat-Kirche-Verhältnis kaputt

Seit Februar 1988 besuchten die Sonntag-Abendgottesdienste des Domes Antragsteller zur ständigen Ausreise aus der DDR (ÜSE). Zuerst waren es zwei Eheleute. Es wurden ständig mehr. Im Sommer kamen bis zu ca. 400 ÜSE. Darunter waren etliche Härtefälle von Personen, deren Angehörige inhaftiert waren. Der Dom galt als Konzentrationspunkt Westsachsens.

Sofort wurde ein neuartiger OV „Kammer“ eröffnet. Da stand nicht ein Feind im Mittelpunkt, den die Stasi zu vernichten hatte. Sondern es waren meine Kirchenvorsteher (KV), die so manipuliert werden sollten, gegen mich als Pfarrer vorzugehen. Nicht die Stasi, sondern die eigenen Geschwister sollten mich paralisieren. So wurden bestimmte KV-Leute zu Tätern. Nach dem Stasiverständnis waren sie sicherlich GM oder BM. Sie wirkten kontinuierlich daraufhin, dass diese Gottesdienste abzuschaffen sind und ich deswegen für die Gemeinde untragbar und nichtgedeihlich bin.

Weiterhin machten die SED-Machthabe Druck auf die Kirchenleitung. Kirche habe sich nur um „religiös-kultische Angelegenheiten“ zu kümmern. Gottesdienste mit ÜSE haben zu unterbleiben. Deswegen wurde ich vom LKA diszipliniert!

Die unruhigen Geister des Konziliaren Prozesses (KP)

Als sich im Herbst 1988 der KP eine Heimstatt gefunden hatte, konnten sich in der Zwickauer Friedensbibliothek alle Basisgruppen, die etwas in der DDR verändern wollten und Reformen anstrebten, versammeln. Ich gehörte mit zu den Initiatoren des KP. Unter dem Dach der ev. Kirche konnten sich die Akteure legal treffen, die sich für Demokratie, Freiheit, Ökologie, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Glaubensfreiheit und alle Menschenrechte einsetzten. Für die Staatsorgane waren diese Akteure Staatsfeinde und die Stasi hat für die einzelnen Gruppen extra OV angelegt. Alle begannen mit „K“. Für die Stasi war das „K“ der Hinweis dafür, dieser OV hat etwas mit der Kirche zu tun – z.B. OV „Kreis“, OV „Konzept“, OV „Konform“, OV „Konzil“, OV „Kontraste“, OV „Konfrontation“, OV „Kapuze“, OV „Kammer II“. Zwickau hatte sich zum oppositionellen Zentrum des ganzen Bezirkes entwickelt und es bestanden Verbindungen zu staatsfeindlichen Gruppen und Kräften nach Leipzig, Dresden, Jena und Berlin.

Kirchenkampf im „Zwickauer Modell“

SED und Stasi konzipierten das „Zwickauer Modell“, das es so noch nicht gab. Es wurde ein Einsatzstab unter der Führung des 1. SED-Kreissekretärs ins Leben gerufen. Neben der Stasi, musste die Volkspolizei, der Oberbürgermeister, alle Staatsorgane, bestimmte bewaffnete Kampfgruppen, eine Unzahl an gesellschaftlichen Kräften, BM, GM und PK konkrete Aufgaben übernehmen. In Zwickau wurde ein unsichtbarer Krieg geführt! Das Ziel war einer Art 5. Kolonne als Trojanisches Pferd mit kirchlichen Leuten aufzubauen. Nicht die Staatsmacht,

sondern die eigenen Kirchenleute sollten die Basisgruppen in Griff kriegen, disziplinieren und ausschalten. Zwickau wurde zu einer Art verborgenen Exerzierplatz neuer Feindbekämpfungsmethoden.

Nach Einschätzung der SED und Stasi hatten sie binnen kürzester Zeit Erfolge zu verzeichnen. Das „Zwickauer Modell“ sollte dann analog auch in anderen Städten, Bezirken und sogar DDR-weit eingeführt werden.

Friedensgebet führte zu Missbilligung und Teilnahmeverbot

Für mich am Dom hat es sich so ausgewirkt. Zwar war ich seit Frühjahr 1989 wegen einer zweimaligen Hirnoperation krank, konnte keine Dienste versehen und nahm nicht an Kirchenvorstandssitzung teil, da ich lange an Aphasie (Sprachlosigkeit) litt. Aber ich konnte mich nach meiner Entlassung aus dem Krankenhaus an den Aktionen der unruhigen Geister des KP beteiligen. Ich gehörte mit zu den Initiatoren des 1. Friedensgebets im Dom am 16. Oktober 1989. Erst aus den Gesprächen mit dem Superintendenten Günter Mieth wurde mir deutlich, was einmal der KV während meiner Krankheit unternommen hatte und andermal welche Sinneswandel am Superintendenten geschehen ist.

Mieth hatte mich als Kranker weder im Krankenhaus noch zu Hause besucht. Jedoch er musste mich einen Tag vor dem ersten Friedensgebet unbedingt sprechen. Es sei kein Krankenbesuch, sondern er käme als Superintendenten im Auftrag des KV.

Folgende Missbilligung musste er mir aussprechen:

- ⇒ Mein unverantwortliches Handeln ein Friedensgebet vorbereitet zu haben, das schadet sowohl der Domgemeinde als auch der gesamten Kirche.
- ⇒ Mein Verhalten sei nicht brüderlich.
- ⇒ Der KV habe schon so viel mit mir durchgemacht.
- ⇒ Ich sollte mich damit abfinden, dass der KV sich erneut für Bruder Hübler entschieden habe.
- ⇒ Bei einer kommenden KV-Abstimmung muss ich damit rechnen, wegen Nichtgedeihlichkeit die Domgemeinde zu verlassen.
- ⇒ Er werde alles unternehmen, dass es nach dem Friedensgebet zu keiner Demonstration käme.

Noch am Tag vor dem Friedensgebet suchte mich Mieth erneut auf und sprach mir als Superintendent ein Domverbot aus. Somit konnte ich am Friedensgebet nicht teilnehmen, obwohl es auf Geheiß des Landesbischofs einmalig stattfinden durfte. Als Gründe gab er an:

- ⇒ Was er als Superintendent aufgebaut habe, würde ich kaputt machen.
- ⇒ Meine Anwesenheit würde die Staatsorgane nur reizen.
- ⇒ Ich solle den Kirchenvorstand nicht weiter provozieren.
- ⇒ Er übernimmt die Schirmherrschaft des Friedensgebets.
- ⇒ Zukünftige Friedensgebete kann nicht mehr der KP vorbereiten und verantworten, sondern nur die zuständigen Pfarrer der Ortsgemeinden.

Die Friedensgebete wurden von der Amtskirche okkupiert.

Akteneinsicht schafft Klarheit

Erst nach den Akteneinsichten in den unterschiedlichen Archiven wurde erkennbar, welche Auswirkungen die operative Psychologie auf den Kirchenvorstand, den Superintendenten

und dem Pfarramtsleiter Rudolf Hübler hatten. Sie wurden schrittweise davon überzeugt, ich sei ein Zerstörer des guten Staat-Kirche-Verhältnisses. Die Makel musste beseitigt werden. So wurde bereits während meiner Krankheit im KV das Verfahren „Nichtgedeihlichkeit“ angeschoben. Das war ganz im Sinne der SED und Stasi. Die Gehirnwäsche über die Referenten für Kirchenfragen, OibE, IM, gesellschaftliche Kräfte, GM und BM brachte diesen Erfolg.

Eine Einschätzung vom 28. August 1989 verdeutlicht, was eigentlich die Stasi mit mir vorhatte. Der Leiter der Bezirksverwaltung (BV), Siegfried Gehlert, hatte alle Leiter der Kreisdienststellen und der BV-Abteilung zu einer Dienstberatung einbeordert. Dort wurde Folgendes protokolliert:

„Springer (KD-Leiter von Zwickau) da brauchst du nicht zu lachen, also ich würde deinen Käbisich und wie sie alle heißen, schon lange eingedockt haben und das würde sogar auch reichen, ewig reichen, auf lebenslänglich würde ich plädieren. Also zumindest so lange ich noch lebe.“

Gott sei gedankt! Es geschah das Wunder der Friedlichen Revolution.

Jedoch man sollte wissen, zu den Friedensgebeten standen dann auch Pfarrer auf der Kanzel, die sich konsequent für den Erhalt des guten Kirche-Staat-Verhältnisses eingesetzt hatten oder sogar IM. So stand z.B. der methodistische Superintendent Friedmar Walther auf der Kanzel. Er wurde bei der Stasi als IM „Waldemar“ geführt. Ihm wurde wegen seiner konspirativen Arbeit anlässlich des 40. Jahrestages der DDR und seines 60. Geburtstags von der Stasi ein Geschenk im Wert von 3.200 Mark überreicht.

Nachhaltigkeit des sog. Trojanischen Pferdes

Aus meiner Sicht wirkte das Trojanische Pferd nachhaltig und bleibt damit ein Erfolg für SED und Stasi. Es hat die Friedliche Revolution überdauert. Was einmal in die Köpfe eingepflanzt wurde und das Reden wie Handeln bestimmte, das geht nicht einfach zu löschen. So führen noch heute die eigenen Kirchenleute das aus, was die damaligen DDR-Staatsorgane nicht erreichten:

1. Andersdenkende und -glaubende werden aus der Kirche gemobbt.
2. Demokratische Freiheitsrechte werden missachtet.
3. Fast nur religiös-kulturelle Angelegenheiten werden gepflegt.
4. Dringende Lebensfragen des Volkes spielen kaum noch eine Rolle.
5. Ihre eigenen Kirchenprobleme sind die wichtigsten – z.B. Struktur.

Nur ein Beispiel noch aus der DDR-Ära

Am 29. August 1990 nahm ich an der ersten Ärarsitzung (Zwickauer Innenstadtgemeinden bilden einen juristischen Verband) nach meiner Krankheit teil. Die vier Pfarrer waren sich einig, dass es mit mir keine gedeihliche Zusammenarbeit mehr geben könnte. Mein Verhalten, Benehmen und Auftreten vor der Friedlichen Revolution seien „mies“ und wie eines „Sektenpredigers“ gewesen. Durch meine Hirn-OP habe ich jetzt eine „Scheibe“ und damit einen „Dachschaden“. Deswegen fühlten sie sich genötigt, dem Landeskirchenamt diese „Nichtgedeihlichkeit“ mitzuteilen. Dieses Verfahren der „Nichtgedeihlichkeit“ hat sich neun Jahre hingezogen, bis ich dann mit 55 Jahren ohne Recht und Gesetz aus dem Pfarrdienst entsorgt wurde.

Fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel

Ab 1992 wurden die Stasi-Akten geöffnet und jeder konnte für sich beantragen, dass er in seine Akte Einsicht nimmt. Nach der Einsichtnahme stellten der Jugenddiakon Eberhard Heiße (Marienberg), der Evangelist Dr. Theo Lehmann (Karl-Marx-Stadt), der Landesbeauftragte der Landeskirche für „Glaube und Wissenschaft“ (Schönberg) und ich fest, es wurden ständig Gespräche zwischen den Landeskirchenamt und dem Rat des Bezirkes geführt. Dabei ging es um Versetzungen oder sogar um legales Verlassen der DDR, weil wir ständig das gute Staat-Kirche-Verhältnis missachtet hätten. Darüber wurde mit uns weder offen, ehrlich noch brüderlich gesprochen. Unser Vertrauen in die oberste Dienstbehörde war gestört. So baten wir den Landesbischof Dr. Johannes Hempel um ein klärendes Gespräch. Er gewährte es uns, aber das kam heraus:

⇒ Er bewertet die Dokumente anders.

⇒ Als Bischof musste er die ganze Kirche im Blick haben.

⇒ Wir haben das gute Staat-Kirche-Verhältnis gestört.

⇒ Was hätte er als Bischof anders machen können?

Nach dem Gespräch hatten wir den Eindruck, damals wie heute wurden wir fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel.

Wie sich der NS-Paragraph „Nichtgedeihlichkeit“ auf mein Pfarrerleben auswirkte, kann nachgelesen werden: <http://www.dr-kaebisch.de/vergangenheit/pdf/kurzfassung.pdf>

Nicht vergessen!

In der DDR-Diktatur war es unmöglich und höchst gefährlich, das Unrecht der Menschenrechtsverletzungen und die Verbrechen sowohl der Sowjetunion als auch des eigenen Staates beim Namen zu nennen und öffentlich zu erörtern. Das führte zunehmend zum Vertrauensverlust und zur Flucht aus dem eigenen Land. Das war eine der Ursachen, weshalb 1989 fast die ganze Bevölkerung die Friedliche Revolution begrüßte und neue Zeiten erhoffte.

Meine Meinung:

So wie sich einst die DDR-Machthaber verhielten, so ähnlich verhält sich die Landeskirche bei der Aufarbeitung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Es wird weder über das Versagen noch über die Schuld öffentlich gesprochen. Eine Bußhaltung fehlt. Dieses führt zunehmend zum Vertrauensverlust und zur fortschreitenden Auswanderung aus der Kirche.

Deshalb meine These:

Der nicht aufzuhaltende Vertrauensverlust (Implosion) der Landeskirche ist von ihr selbst mit verursacht, weil keine sachgerechte Aufarbeitung der NS- und DDR-Zeit erfolgte.